



Niederschrift

17. Plenarsitzung des Gemeinderates
17. November 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

26.

Punkt 26 der Tagesordnung: Ausweitung des Projektes „Perspektive Ausbildung – Berufliche Integration von Geflüchteten bei der Stadtverwaltung Karlsruhe“ und Verstetigung als dauerhafte Maßnahme

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2020/1081

Beschluss:

Verwiesen in den Personalausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 26 zur Behandlung auf.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Das Projekt „Perspektive Ausbildung“ hilft jungen Geflüchteten bei der beruflichen Integration, die letztendlich auch ein zentraler Bestandteil der sozialen Teilhabe und jeder erfolgreichen Integration ist. Somit fördert das Projekt auch den sozialen Zusammenhalt. Gleichzeitig wirkt es aber auch dem Fachkräftemangel entgegen und fördert die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung.

Wir Grüne freuen uns sehr über die positive Stellungnahme der Verwaltung. Wir begrüßen, dass die Notwendigkeit des Projektes gesehen wird und die Weiterführung bis 2024 gesichert ist. In der Stellungnahme wird mehrfach betont, dass relevante Kooperationspartner*innen wie Ausländerbehörde und Arbeitsagentur das Projekt als wirkungsvolle Maßnahme sehen. Zur gleichen Einschätzung kommt auch die aktuelle Fortschreibung der Karlsruher Internationalisierungsstrategie. Ebenso klar kommt zum Ausdruck, dass sowohl aktuell die Nachfrage nach freien Projektplätzen vorhanden ist, aber auch langfristig der Bedarf an Ausbildungsplätzen für Geflüchtete erhalten bleibt. Perspektivisch wird die Ausweitung auf weitere Berufsbilder aber auch die Integration weiblicher Geflüchteter ins Auge gefasst. Dass angesichts der begrenzten

finanziellen Ressourcen pro Jahr lediglich drei bis fünf Geflüchtete eingestellt werden können, bedauern wir sehr. Ebenso wie die Tatsache, dass das Vorhaben gezielt weibliche Geflüchtete für eine Ausbildung bei der Stadt zu gewinnen, zurückgestellt werden muss. Wir finden, dass das gleichstellungspolitische Ziel berufliche Integration von Frauen zu fördern, nicht an fehlenden Geldern scheitern sollte.

Die Umsetzung entsprechender Maßnahmen zur Ausweitung des Projektes sowie die Verstetigung wird an eine Evaluation 2024 gekoppelt. Das Projekt hat aber jetzt schon seine Wirksamkeit mehr als bewiesen und hat sich auch in der Außenwirkung einen Namen gemacht. Dass die von uns geforderte Verstetigung grundsätzlich zwar befürwortet und angestrebt wird, freut uns sehr. Dass aber aktuell keine verbindliche Zusage erfolgt, finden wir nicht ganz nachvollziehbar. Es ist wichtig, kompetentes Personal in einer Festanstellung zu halten, aber auch den interessierten Ausbildungswilligen und den Betrieben Planungssicherheit zu geben. So kann Karlsruhe als eine Kommune wahrgenommen werden, die tatsächlich dauerhaft gesellschaftliche Verantwortung im Hinblick auf die berufliche Integration bietet. Wir bitten um einen Verweis in den Personalausschuss.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Generell ist das ein gutes Projekt. Das hat sich gezeigt auch in der Stellungnahme der Stadtverwaltung und es wurden ja schon die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen bis 2024 vonseiten der Stadtverwaltung eingebaut. Das finden wir gut und richtig, denn es zeigt sich doch, dass ja eventuell Richtung Verstetigung alles unternommen werden muss, aber es sind auch noch Fragen offen. Wie gehen wir mit den weiblichen Geflüchteten um? Es sind andere Fragen offen, bis 2024 alles evaluiert werden sollte. Deswegen halten wir es auch für sinnvoll, uns in einem Personalausschuss die Informationen im fachlichen Bereich zu geben und zu schauen, wie man 2024 mit dem Projekt weiter verfährt.

Stadtrat Zeh (SPD): Ja, da sind wir uns im Haus sicher einig, dass es ein gutes, ein sinnvolles Projekt ist. Ein Projekt, Geflüchtete auszubilden, dass nicht nur bei der Stadt aufgegriffen wird, sondern bei anderen großen Firmen in Karlsruhe ebenso. Man muss natürlich auch sagen, und das geht auch aus der Stellungnahme der Verwaltung hervor, solche Ausbildungsstellen für solche speziellen Gruppen erfordern einen gewissen Mehraufwand, letztendlich auch bei uns, bei Siemens, müssen bestimmte Paten helfen und unterstützen bei der Berufsschule. Daher ist es durchaus nachvollziehbar, dass es etwas kostet, aber wir stellen uns eben der Verantwortung, jungen Menschen eine Perspektive zu geben, egal ob sie später als städtische Mitarbeiter da sind oder irgendwo anders in der Welt ihren Beruf weiter ausüben.

Letztendlich ist auch die Verwaltung auf jeden Fall dabei, das Ganze zu verstetigen. Man kann natürlich nicht schon heute über Haushaltsmittel im Jahr 2030 sagen, aber wir sind auf jeden Fall dabei, das Ganze zu verstetigen. Auch würde ich sagen, wir haben 220 Auszubildende insgesamt, d. h. pro Ausbildungsjahr sind es etwa 80 oder 90, dann sind drei bis fünf doch ein ordentlicher Prozentsatz. Bei Ausweitung muss man sicherlich berücksichtigen, wie andere Gruppen auch Ausbildungsplätze bei der Stadt bekommen. Aber zunächst mal sind wir damit einverstanden, dass wir es im Personalausschuss, und es wurde auch vom Migrationsbeirat etwas gesagt, dementsprechend weiter beraten.

Stadtrat Jooß (FDP): So wie es die Stadtverwaltung in der Stellungnahme sagt, stehen auch wir einer Verstetigung positiv gegenüber. Gerne möchten wir in den Haushaltsberatungen darauf achten, hier erst mal nur eine Verstetigung zu verankern. Einen Ausbau können wir dann im

folgenden Haushalt überdenken. So ist unsere Haltung und dementsprechend unseren Antrag getrennt abzustimmen, aber das hat sich jetzt erledigt. Wenn man dies in den Fachausschuss überweist, stimmen wir dem zu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben eigentlich das gleiche Problem wie die FDP, also die Punkte eins, zwei und vier finden unsere Zustimmung. Es ist sinnvoll, jungen Menschen, die dazu bereit sind eine Ausbildung auf sich zu nehmen und auch durchzuziehen, die Möglichkeit zu geben. Wenn dies dann auch noch Berufe sind, wo wir bei der Stadt Schwierigkeiten haben entsprechende Absolventen zu finden, beispielsweise im Straßenbau, und die Geflüchteten gleichzeitig, wenn sie später nach Hause zurückkehren, dort sinnvoll eingesetzt werden können, dann ist das alles sehr gut.

Es handelt sich ja jetzt beim Punkt drei darum, dass hier Stellen dauerhaft besetzt werden, die es vorher nicht gegeben hat, d. h. das Ganze hat finanzielle Auswirkungen, die beziffert werden können. Deswegen müsste das ja eigentlich in den Haushalt aufgenommen werden. Vielleicht können Sie, Herr Oberbürgermeister, noch erklären, was es damit auf sich hat, wie es möglich ist, dass etwas was bisher nur mit einer halben Stelle und so, wie wir es verstanden haben, nur vorübergehend ausprobiert wurde, jetzt ohne einen Haushaltsbeschluss verstetigt, also praktisch in eine Dauerstelle überführt werden kann. An der Stelle hätten wir ein Problem, und wenn wir es heute abgestimmt hätten, dann hätten wir um getrennte Abstimmung gebeten.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir halten es kurz, wir unterstützen auch das Anliegen der Grünen. Wir sind auch für eine Verstetigung und können uns durchaus gut vorstellen, dass wir noch eine Ausweitung machen. Das müssen wir dann im Rahmen der Haushaltsberatung besprechen. Vielleicht ist es auch erst ein Thema für den nächsten Doppelhaushalt, um dann dementsprechend zu diskutieren. Wir würden es auch begrüßen, wenn es nicht nur im Personalausschuss, sondern auch im Migrationsbeirat diskutiert werden würde. Vor allem die Perspektive von weiblichen Geflüchteten in der Ausbildung ist auch ein Thema, was dort noch mal den Horizont erweitern könnte.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Ich habe selbst viele Jugendliche ausgebildet mit erhöhtem Förderbedarf und ich kann Ihnen sagen, dass diese jungen Menschen in der Regel in Familienbetrieben am besten aufgehoben sind, weil sie brauchen nicht nur schulische Förderung und Förderung in der praktischen Tätigkeit, sondern sie brauchen auch in vielen Lebenslagen Förderung, sei es die Kultur, sei es im Umgang mit dem Partner, sei es in Fragen der Ernährung. Ich finde es richtig und wichtig, dass wir als Verwaltung sagen, wir stellen diese drei bis fünf Plätze zur Verfügung, aber darüber hinaus würde ich nicht gehen. Es gibt in Karlsruhe ganz viele Institutionen, Einrichtungen, die Handwerkskammer, die Industrie- und Handelskammer, die auch an diese Jugendlichen denken, auch jungen Geflüchteten Chancen geben und auch diese unterstützen. Ich bin selbst in einer Prüfungskommission. Es gibt ganz viele Sozialträger, die USS zum Beispiel, die die Ausbildung dieser Menschen fördern. Ich denke nicht, dass wir uns da als Kommune weiter aus dem Fenster lehnen sollten. Das ist nicht unsere Kernaufgabe und im Familienbetrieb haben diese Jugendlichen viele Mütter und viele Väter, und das hilft Ihnen oft viel besser.

Bürgermeister Dr. Käuflein: Die Antragsteller begehren, in einem Satz gesagt, die Ausweitung und Verstetigung des Projekts. Die Verwaltungsantwort formuliert mit Bedacht, dass wir die Ausweitung und Verstetigung prüfen. Das Projekt ist gesichert, zunächst für 2021, dann auch in

der mittelfristigen Finanzplanung, wenn die Haushaltsaufstellungen sich daran halten bis 2024. Insofern halte ich es für einen klugen Vorschlag, die Antragsteller sind ja auch mit der Verwaltungsantwort einverstanden, dass wir es weiter im Personalausschuss begleiten. Wenn Sie dann zu gegebener Zeit eine Ausweitung oder wirkliche Verstetigung wollen, müssen Sie die entsprechenden Haushaltsanträge stellen. Aber jetzt, ich sage es mal ganz einfach, verrutscht uns ja nichts, das Projekt ist bis 2024 gesichert.

Der Vorsitzende: Wir brauchen jetzt hier auch keine zusätzlichen Personalkapazitäten. Das war ja die andere Frage, sondern das wird von verschiedenen Menschen erbracht, an verschiedenen Stellen, und das ist dennoch mit diesen zusätzlichen Mitteln belegt.

Dann würden wir das im Personalausschuss noch einmal aufrufen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
30. November 2020